

WIR in Kiel

Informationen für Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt | Für Sie zusammen gestellt von WIR in Kiel | Ausgabe 3 | März 2014



Foto: W. Wiese

Ja

Bürgerentscheid statt Rathaus-Klüngel!

Todeskino führt Geheimgespräche - Wem gehört die Stadt?

Über das offiziell vorzulegende Informationsmaterial zum Bürgerentscheid beriet sich die Stadtspitze unter offenkundiger Missachtung der Ratsversammlung in einer Geheimverhandlung.

Nur ausgewählte Fraktionen erhielten Einladung und Informationen, unter Ausschluss von Linke, Piraten und dem Vertreter von WIR in Kiel.

Dabei hatte das Innenministerium bereits am 12.11.2013 die Stadt an ihre gesetzliche Pflicht zur Fairness erinnert, wonach bei der Bürgerinformation „im gleichen Umfang“ auch der Standpunkt der Kritiker darzulegen ist.

Die praktizierte Informationsperre und Gesprächsaussperrung der Kritiker lassen in Sachen Fairness Böses ahnen.

Mit dem Beschluss, mit Geldern aus der Stadtkasse eine Kampagne pro Kraft-Planung quasi gegen den Souverän zu führen, offenbart die Rathausmehrheit eine besondere Respektlosigkeit vor den Bürgerinnen und Bürgern.

In Sonntagsreden versprechen sie den Kielern mehr direkte Demokratie. Wenn es dann dazu kommt, weil Bürger mit mehr als

10.000 Unterschriften via Bürgerbegehren die Angelegenheit „Möbel Kraft“ an sich gezogen haben, dann geht Ihnen der Mors auf Grundeis und die Hände greifen in die Stadtkasse. Die Bürgerinnen und Bürger müssen dagegen die private Geldbörse zücken. In unserer Demokratie sind eben alle gleich, die einen mehr und die anderen weniger.

Bürgerentscheid-Initiator Jan Barg:

„Wir können die Zerstörung stoppen.“

Am 23. März dürfen die Kielerinnen/Kieler entscheiden - Gleichzeitig ist OB-Wahl

Wir in Kiel: Herr Barg, Sie und Ihre Mitstreiter haben für Ihr Aufbegehren gegen die Planungen von Möbel Kraft scheinbar locker die erforderlichen Unterstützertunterschriften erhalten. Damit kommt es zum ersten Bürgerentscheid in der Landeshauptstadt überhaupt. Was war der Anlass für Ihr Engagement?

Jan Barg: Seit Februar 2013 sind Bürgerentscheide in Schleswig-Holstein nun auch zu Bebauungsplänen möglich. Mit dieser Gesetzesänderung gab es wieder Hoffnung das Gelände zu retten. Es war klar, dass die Zustimmungss-



quote in der Kieler Bevölkerung zu Möbel Kraft ganz anders aussieht, als die Ergebnisse bei den Abstimmungen zu Möbel Kraft in der Ratsversammlung. Dass in so kurzer Zeit über 10.000 Kielerinnen und Kieler das Bürgerbegehren unterschrieben haben zeigt, wie groß die Ablehnung dieser beabsichtigten Bebauung ist.

Wir in Kiel: Was sind Ihre Motive?

Jan Barg: Hier geht es um den Lebensraum tausender Kielerinnen und Kieler, der auch Lebensraum von 59 Vogel- und 8 Fledermaus-

arten ist. Dieser enorme Verlust für nicht mehr als zwei Möbelläden ist für viele Kieler nicht hinnehmbar. Menschen brauchen Kontakt zur Natur, auch in der Stadt, nicht nur auf Ausgleichsflächen außerhalb Kiels. Zudem ist der Prüner Schlag nicht das letzte Kleingartengelände Kiels, das Herr Todeskino seiner Stadtplanung opfern möchte, der Bürgerentscheid kann hier ein wichtiges Zeichen setzen, daß viele Kielerinnen und Kieler eine immer weitere Bebauung des inneren Grüngürtels nicht wollen.

Wir in Kiel: Welche Schwierigkeiten gab es?

Jan Barg: Schon bevor es losging, gab es einige Hürden zu überwinden. So hat die Kommunalaufsicht meine Anfrage, ob

das Bürgerbegehren gegen Möbel Kraft zulässig sei, erst verneint, eine Woche nach der Kommunalwahl Ende Mai 2013 kam dann nach weiteren Nachfragen doch der Zulässigkeitsbescheid. Die Abstimmungsfrage musste dann so formuliert werden, daß sie der Rechtsprechung genüge tat, was bedeutet, daß es nicht möglich ist, das Gelände für immer als Kleingartengelände zu erhalten, aber wir können zumindest Möbel Kraft verhindern. Der erfolgte Abriß der Gartenlauben verursacht zudem Schwierigkeiten, gerade auch in Hinblick auf einen fairen Ablauf der Abstimmungsentscheidung, denn von Seiten der Stadt und Möbel Kraft ist durch die Bagger der Abstimmungsgegenstand verändert worden. •

Editorial

Premiere!

Liebe
Kielerinnen
und Kieler!

Zum ersten Mal gibt es in Kiel einen Bürgerentscheid. Nicht der Rat, sondern Sie und Ihre Nachbarn können direkt und verbindlich entscheiden. Dazu mussten vorab über 7.000 Stimmen gesammelt werden. Und es gelang.

Und worum geht es bei dem Entscheid? Wenn Kiels Bürgerinnen und Bürger mit Ja stimmen, dann wird Möbel Kraft kein Möbelhaus auf dem Traditionsgelände des Kleingartenvereins Prüner Schlag errichten können und der grüne Gürtel Kiels bleibt erhalten. Denn das Votum der KielerInnen bindet die Stadtoberen.

Was die OB-Wahl betrifft bleibt nur Hoffnung auf ein Einlösen der Versprechen. Beim Bürgerentscheid dagegen haben Sie es selbst in der Hand.

In dieser Zeitung und auf www.buergerbegehren-kiel.de erfahren Sie die Gründe für ein JA zum Entscheid und zum notwendigen Stopp der Planungen.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre.

Gemeinsam sagen wir dem Rat „so nicht!“.

Machen Sie mit.

Ihr
Joachim Böse

Auf den Punkt!

„Der Gesamtumsatz der Häuser geht weiter zurück, wer jetzt wachsen will, muss andere verdrängen.“

Kurt Krieger, Immobilien- und Möbelhändler Berliner Morgenpost vom 03.02.2014

„Der Markt ist längst gesättigt. Wir befinden uns in einem Umverteilungsprozess, neue Umsätze sind nicht zu erzielen.“

André Kunz Geschäftsführer des Bundesverbands des Deutschen Möbel-, Küchen- und Einrichtungsfachhandels (BVDM) FAZ vom 20.08.2012

„Es ist ganz simpel. Natürlich gehen viele Geschäfte, die man kennt, pleite.“

Kurt Krieger, Möbelkraft, Die Welt, 04.10.2012

Im Jahr 2013 wurden 3% weniger Möbel produziert.“

Büro- und Ladenmöbel: -2,5% Sitzmöbeln -3,9% Sonstigen Möbel (u.a. Schlaf-, Ess- und Wohnzimmelmöbel) - 4,5% Matratzen - 9,6% Küchenm. a. Holz + 1,0%.

Statistische Bundesamt (Destatis) Pressemitteilung Nr. 014 vom 13.01.2014

„Mit der Eröffnung in Kiel wird das Haus in Bad Segeberg etwa 10 Mio. Euro Jahresumsatz verlieren. Und mit ihm 50 Mitarbeiter. Sie werden dann nach Kiel pendeln.“

Dr. Gunnar George Möbelkraft Bad Segeberg, Kieler Nachrichten vom 25.01.2014

Vom „Bemühen“ um Arbeitsplätze

Mehr Sorgen als Hoffnung

von Florian Eggers

„Er hat sich stets bemüht und immer sein Bestes gegeben.“

Im Zeugnis haben solche Floskeln aus guten Gründen nichts mehr zu suchen. Im Umgang mit der Öffentlichkeit werden solche verschleierte Formulierungen aber weiter gerne genutzt - insbesondere dann, wenn es gilt Volk und Volksvertreter vor Entscheidungen im Rat oder bei Wahlen bzw. Bürgerentscheiden zu beeindrucken.

So heißt es auch im Grundstückskaufvertrag zwischen der Landeshauptstadt und Möbel Kraft, das Unternehmen bemühe sich mindestens 250 Arbeitsplätze zu schaffen.

Bei näherer Betrachtung schrumpft dieses gern und oft zitierte hehre Versprechen schnell auf das Maß einer wertlosen Absichtserklärung.

1. Im Vertrag werden keine 250 Arbeitsplätze zugesagt, sondern lediglich das Bemühen darum.

2. Ein großer Teil der Arbeitsplätze wird keineswegs zusätzlich ent-

stehen sondern lediglich Ersatz für gleichzeitig an anderer Stelle im Möbelhandel vernichtete Arbeitsplätze sein.

Allein 50 werden von Bad Segeberger Möbel-Kraft-Arbeitnehmern besetzt, die dem unternehmensinternen an Kiel abzugebenden Umsatz von 10 Mio. Euro nachreisen bzw. nachpendeln werden. Weitere kommen von Sconto in Schwentinetal, der geschlossen werden wird (so Geschäftsführer George von MK, KN v. 25.1.2014).

Umsatzverluste wird es aber auch bei IKEA und anderen Wettbewerbern in Kiel und Umgebung geben. Wieviel der von Entlassung Bedrohten aber werden zu Kraft wechseln (können)?

3. Auch der innerstädtische Einzelhandel sogenannter hausnaher Sortimente wird spürbar Umsätze verlieren. Denn die Möbel-Riesen machen ihren Hauptumsatz mit diesen (für sie Rand-) Sortimenten. Hier wird die Holstenstraße weiter leiden (Trading-Down-Effekt).

chung“, bis mal wieder die Warteschlange an den Kassen länger ist.

Fazit: Ob die ungünstigeren neuen Arbeitsverhältnisse überhaupt allein zahlenmäßig alle Verluste bestehender Arbeitsverhältnisse werden wettmachen können bleibt mehr als fraglich.

Zweifel bleiben angebracht. Für die betroffenen Arbeitnehmer und die öffentlichen Kassen wird es wohl ein Verlustgeschäft.



Die einen verlieren ihre Arbeit oder müssen dem Umsatz zeit- und kostenaufwändig hinterher pendeln. Die anderen hoffen mit dem geräumten und preiswert hergegebenen Stadtgrün auf zukünftige Gewerbesteuerentnahmen, was wegen des Steuergeheimnisses nie wird überprüft werden können.

Und die Arbeits-/Sozialverwaltung wird hier Qualifizierungsmaßnahmen finanzieren, dort die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen mit hohen Lohnzuschüssen fördern und an anderer Stelle neu Arbeitslosengeld und Qualifizierungen etc. finanzieren müssen. Von den zusätzlichen Aufstockern ohne auskömmliche Entlohnung ganz zu schweigen. •

Hornschu in der Presse

„Überzeugt hat die Gewerkschafter vor allem die Zusicherung des Unternehmens, mindestens 300 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen. Möbel Kraft hat eine entsprechende Verpflichtung unterzeichnet“, verweist DGB-Vorsitzender Frank Hornschu auf Arbeitssuchen.de, die bereits von der Agentur für Arbeit für diese Stellen qualifiziert werden.

KN Online 20.01.2014

„Die Formulierung, dass sich das Möbelhaus zu 300 Arbeitsplätzen verpflichtet habe, sei vielleicht missverständlich, räumte Hornschu ein. Es gebe lediglich eine mündliche Zusage.“

KN Online 24.01.2014

Siehe auch (Seite 4): „Erneut die Rote Karte“ zum neuen, inszenierten Arbeitsplatz-Versprechen von Möbel Kraft.

Ist alles nur ein Missverständnis?

Antworten und beredtes Schweigen des DGB-Chefs

Ein Kommentar von Joachim Böse

Um mindestens 250 Arbeitsplätze will sich Möbel Kraft „bemühen“. Für Frank Hornschu, DGB-Chef in Kiel wird daraus „eine Zusage von mindestens 300 Arbeitsplätzen“. Wegen dieser Ungereimtheit hatte WIR in Kiel den Gewerkschafter um Klarstellung gebeten. Ausserdem wurde gefragt, ob denn die von der Arbeitsagentur qualifizierten einen Einstellungsanspruch hätten.

In seiner erst auf wiederholtes Rückfragen gegebenen Antwort bleibt Hornschu eine konkrete Antwort schuldig. Für den sozialdemokratischen DGB-Chef besteht nach „fortlaufend(en) Gespräche(n) mit allen Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Unternehmen ... kein Zweifel an der Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze in Kiel ...Durch die Schaffung dieser neuen Arbeits- und Ausbildungsplätze erhalten viele Menschen eine Perspektive auf dem Kieler Arbeitsmarkt.“

Ob das unterm Strich zusätzliche Jobs bringt in der Region? Kein

Hinterfragen der Ankündigungen, kein Bilanzieren von Vor- und Nachteilen. Zu Arbeitsplatzver- bewerbern - kein Wort. Für den Gewerkschafter, wie auch für Politik und Presse scheint eines klar: Was auf einem Bauplatz feierlich eröffnet und fotografiert werden kann ist einzig und allein entscheidend. Die zahllosen Kolleginnen und Kollegen in Hunderten Einzelhandelsgeschäften in Kiel und Umgebung, die um ihren Job bangen und in Teilen auch verlieren werden, finden in all den positiv hoffnungsvollen Verlautbarungen keine Berücksichtigung.

Was ihr Tun und Unterlassen treibt, ist die Sehnsucht nach einzelwirtschaftlichen Aktivitäten, gleich, was es am Ende bringt.

Das Prinzip Hoffnung ersetzt offenkundig den kritisch-sachkundigen Blick auf die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge und Effekte. „Der DGB und seine Gewerkschaften setzen sich ... für Gute Arbeit und dafür ein, dass z. B. den Menschen, die erwerbssuchend sind, Perspektiven zur eigenen Existenz-

sicherung ermöglicht werden.“ schreibt Hornschu. Arbeitssuchende als Objekt des eigenen Engagements. So gesehen werden mit Kraft und Sconto dem Kollegen und seinen Gewerkschaften - wie auch der Arbeitsagentur - gerade nach der Realisierung des Möbel-Millionenprojektes nicht die Kunden ausgehen. Vielleicht aber die Mitglieder. •

die ganze Mail-Korrespondenz auf



Köpfe, die JA stimmen beim Bürgerentscheid. Machen Sie mit!

Am 23 März 2014 findet der Bürgerentscheid zu folgender Frage statt:

„Soll die Planung für ein Möbelmarktzentrum auf dem Kleingartengelände Prüner Schlag / Brunsrade am Westring eingestellt und somit der Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 988 aufgehoben werden?“

Der Bürgerentscheid ist erfolgreich, wenn die Mehrheit aller wahlberechtigten Kieler und Kielerinnen bei den abgegebenen Stimmen mit JA stimmt und diese Mehrheit mindestens 8% der Wahlberechtigten (= ca. 15.600) umfasst.

Der Bürgerentscheid wurde möglich, weil im Rahmen eines Bürgerbegehrens mehr als die geforderte Zahl wahlberechtigter Kieler Bürgerinnen und Bürger sich per Unterschrift für eine direkte Entscheidung aller Kieler ausgesprochen haben. Insgesamt wurden fast 11000 Unterschriften abgegeben. Über die o.g. Frage werden die Kieler Bürgerinnen und Bürger nun abstimmen. Das Ergebnis ist dann für die Ratsversammlung sowie die Stadtverwaltung bindend. •

Dieter Harbst Biologe: „Mir wurde und wird in diesem Projekt viel zu viel hinter verschlossenen Türen gekungelt. Was nützt mir eine angeblich ‚gläserne Rat- hausakte‘, wenn die Bürgerinnen und Bürger nicht fair informiert werden.“

Andrea Affenbach Fernsehjournalistin: „Ich brauche nicht noch mehr Beton statt Bäumen. Und ich lausche lieber spielenden Kindern im Schrebergarten statt klingender Kassen. Ich brauche nicht zwei Möbelhäuser direkt nebeneinander. Ich nicht. Daher begehre ich auf.“

Rosa Thiemer Schülerin: „Es geht nicht, dass bei so weitreichenden Entscheidungen Jugendliche, die die Zukunft dieser Stadt sind, nicht nach ihrer Meinung gefragt werden. Vielen Erwachsenen scheint es nur um den kurzfristigen Gewinn zu gehen. Traurig.“

Dr. Andreas Galka Naturwissenschaftler: „Wir Menschen sind Teil der Natur, und wenn wir die Natur zerstören, zerstören wir uns schliesslich selbst. Geld kann man nämlich wirklich nicht essen. Unser Leben ist kein Monopoly, und unsere Stadt ist keine Firma. Wir wollen hier leben, nicht Profiteure genießen.“

Familie Wiese Nachbarn: „Es macht uns traurig, den Abriss mizuverfolgen. Wir wohnen hier und nutzen das Gelände für Spaziergänge mit den Kindern und sie erforschen ihre Umgebung. Wir sagen Nein zu Möbel Kraft, denn wir wollen nicht unmittelbar an einem Gewerbegebiet wohnen. Die Natur soll erhalten bleiben.“

Melanie Groß Professorin für Erziehung und Bildung: „Grünflächen im urbanen Raum sind nicht nur ökologisch notwendig, sie sind auch Orte der Begegnung, der Teilhabe und der Gemeinschaft. Sie machen Umwelt greifbar und damit begreifbar und bieten Orte des Verweilens, des Austausches und der Erholung. Sie sind der Schlüssel für Lebensqualität in der Stadt“

Nina Jovanovic Agrarwissenschaftlerin: „Boden ist ein Naturgut, das nicht vermehrbar ist. Schon mehr als die Hälfte der Stadtoberfläche ist versiegelt und damit unbelebt. Lebendige Erde ist unsere Lebensgrundlage - in guten wie in schlechten Zeiten. Sie trägt zum inneren Frieden einer Stadt und zu Lebensfreude der Menschen bei.“

Fritz Breyer Rentner: „Ich bin erschrocken, wie unkritisch positiv die Ortspresse das Projekt begleitet. Die versprechen sich offensichtlich im Verdrängungswettbewerb der Möbelriesen ordentliche Anzeigen- und Werbebeilagenaufträge.“

Marlen Hegerkamp, Tagesmutter: „Wie können die Politiker im Rathaus ein so tolles Kleingarten- und Naherholungsgebiet für ein leeres Gewerbeversprechen hergeben. Wer kennt schon Kriegers Steueroasen?“

Dr. Stefan Anderssohn, Lehrer: „Eine verantwortliche Entscheidung bedarf sachgerechter Information: Vor der Stimmabgabe empfehle ich daher, sich nicht allein über die örtliche Presse, sondern auf alternativen Kanälen, z.B. im Internet oder in Gesprächen, über das Für und Wider zu informieren.“

Brigitte Schirren, Kunstschaffende und -vermittlerin: „Wieviel naturbelassene und gepflegte Böden haben wir noch in und um Kiel? Orte der ausgleichenden Arbeiten, des Blühens, der Ruhe und der Muße? Schon jetzt ist das Angebot der Möbelhäuser um uns herum überreichlich. Lasst uns diese stadtnahe bezahlbare schöne Oase erhalten.“

Sönke Nonnensen, Ratsherr, WIR in Kiel: „Die betroffenen Stadtteile sind bereits mit Gewerbebauten überfrachtet. Völlig ungeklärt ist die steigende Verkehrsbelastung der Stadtteile durch die erwarteten 6000 - 7000 zusätzliche Fahrzeuge pro Tag wegen Möbelkraft/Sconto.“

Im NDR-Fernsehen:

„Besonders in den (Anm.: zeitlichen) Randbereichen wird nicht nach Tarif gezahlt, Da wird freie Wahl gezahlt, der Stundenlohn liegt da bei 6,50 Euro und eine 47 Stunden-Woche ist normal.“

Im Möbelverkauf arbeitet Möbel Kraft mit dem Provisions-System. Das unternehmerische Risiko tragen die Mitarbeiter.

Verdi sagt, das Gehalt sinkt in flauen Zeiten auf minimale Sockelbeträge und Betriebsräte werden unter Druck gesetzt, nur weil sie Tariflohn fordern.“

Aus: „Die Macht der Millionäre“ NDR-Fernsehen 03.09.2013 Quelle: http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/45_min/videos/minuten1071.html

Ausstellung „DIE GRÜNE LUNGE UNSERER STADT“.

Bis 21.März.2014 Täglich außer sonnabends von 15:00 bis 18:00 Uhr KIME in der Stütstraße 13

Impressum

WIR in Kiel e.V. Postfach 6275 - 24123 Kiel Tel.: 0431 - 98 37 877 E-Mail: info@wirkiel.net www.wirkiel.net Vi.S.d.P.: Joachim Böse Redaktion: Monika Dullo, Nidda Schweda, Joachim Böse; Florian Eggers; Sönke Nonnensen; u.a.

Erneut die Rote Karte

Wieder Täuschung bei der Argumentation um dringend gesuchte Arbeitsplätze

„Wir sehen das als Spiel. Wenn wir den Entscheid verlieren, dann ist das auch o.k.“ (Dr. Gunnar George, Möbel Kraft, in der KN vom 12.12.2013)

Ein Spiel? Vielleicht für ihn. Und nun spürt der Herr bzw. spüren die Herren, es wird eng. Nachdem ruckbar wird, dass es mit dem vertraglichen Bemühen („um mindestens 250 Arbeitsplätze“) beim Bürger wohl

mindestens 250 sozialabgabenpflichtige Arbeitsplätze schaffen zu wollen“.

Na ja, aus „bemü-



hen“

ist „wollen“ geworden. Und aus einem wertlosen Vertrags-Versprechen ist nun ein ebenso wertloses Brief-Versprechen geworden - beide soviel wert wie die Zeitangabe „beim Gongschlag ist es ungefähr 12 Uhr“.

Ist das schon eine gelbe Karte wert, so ist die Ungenauigkeit, wenn nicht gar Täuschung mit der Sozialabgabenpflicht der endgültige Platzverweis. Hier wird gute Vollzeitarbeit bei auskömmlichem Lohn vorgegaukelt. Der aber wird im Einzelhandel zunehmend gar nicht mehr angeboten. Die Sozialabgabenpflicht beginnt nämlich bereits bei 480 Euro.

Bei einem sicher auch

von dem DGB Kollegen Hornschu angestrebten Mindestlohn von 8,50 € ist das hehre Versprechen des Herrn Dr. George gerade einmal 56,5 Arbeitsstunden im Monat wert. Bei Mindestlohn pro Stunde wird gerade die Sozialabgabenpflicht erreicht.

Bei „bemühten“ bzw. jetzt „versicherten“ 250 Arbeitsplätzen geht mit 14118 Arbeitsstunden pro Monat insgesamt die „kräftige“ Rechnung gegenüber Politik und Gewerkschaften auf.

Zur Erinnerung an die Vertreter „guter Arbeit und guten (Mindest- und Monats-) Lohnes: Ein Vollzeitbeschäftigter arbeitet rechnerisch in 52 Wochen je 40 Stunden, also 2080 pro Jahr und monatlich 173.

Das von den sonst doch hoffentlich eher konfliktfähigen Tarifvertragspartnern hier werbewirksam publizierte unklare Arbeitsplatz-Versprechen entspricht also gerade einmal 81,5 Vollzeitbeschäftigten.

Von wegen 250 mal guter Lohn und gute Arbeit. Es werden vielleicht 250 (beinahe) geringfügig Beschäftigte

mit 56 Arbeitsstunden und einem Monatseinkommen von 480 €. Oder vielleicht 81,5 Vollzeitbeschäftigte mit 173 Arbeitsstunden und einem Monatseinkommen (Brutto) von 1.470,50 €. Das ist bei nüchterner Betrachtung der Inhalt des ansonsten wertlosen Versprechens.

Wenn man bedenkt, dass zusammen mit 10 Millionen Euro Umsatz auch 50 Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz von Bad Segeberg nach Kiel verlegen und die Mitarbeiter des zu schließenden Sconto in Schwentinetal auf Arbeit im Neubau hoffen, dann wird es bei der ersten Bilanzierung der tatsächlichen Arbeitsplatzverluste und -gewinne lange Gesichter geben.

Aber da ist die Einweihungsparty lange vorbei und kein Fotograf der Presse mehr vor Ort für ein entlarrendes Foto.

(Foto: Torsten Bogdenand / pixelio.de)

geschätzter Umsatz in €	Gewinn lt. Kurt Krieger: 2,5%	Gewerbe-St. in € Hebesatz in Kiel: 350%
70.000.000	1.750.000 €	ca. 215.000 €
57.000.000*	1.425.000 €	ca. 175.000 €
40.000.000	1.000.000 €	ca. 123.000 €

Anm.: *) lt. CIMA-Gutachten für Möbel Kraft und Sconto möglich. Schätzung: Hinzurechnungen bzw. Kürzungen können die Steuer ggf. erhöhen oder auch reduzieren.

lage entlarvt, dass es sich nicht lohnt, das riesige Areal am Prüner Schlag

„sozial-abgaben-pflichtig ist nicht Vollzeit“

nicht reichen wird taktisch gefault. Denn jetzt zieht das Duo DGB-Hornschu/ und MK-George die Notbremse.

Die Akteure, die mit ihrem Spiel den (Kleingarten-) Rasen umpflügen wollen, haben sich in der Halbzeitpause besprochen und präsentieren uns - quasi vor laufender Kamera - eine „briefliche Zusicherung,

Eine Rathaus-Bilanz: Von Skandal zu Skandal!

Donnerstag, 21. Juli 2011, mitten in den Sommerferien. OB Torsten Albig lädt die Ratsfraktionen kurz zum Termin. Im Amtszimmer berichtet er über seine Pläne Möbel Kraft anzusiedeln. Ganz nach Gutsherrenart. Denn zu diesem Zeitpunkt führte er bereits seit über einem Jahr Gespräche mit Kurt Krieger.

November 2011: OB Thorsten Albig tritt höchstpersönlich auf dem Plan und treibt die Ansiedlung von Möbel Kraft voran, die er mit ersten Geheimverhandlungen mehr als ein Jahr vorher bereits eingeleitet hatte. Er leitet nun den beschlossenen Interessenausgleich zwischen Stadt und KV der Kleingärtner. Beide einigen sich in „beiderseitigem Einvernehmen“ und ohne ein zugängliches Protokoll.

Zeitgleich schreitet die vorzeitige Aufgabe der Kleingartenparzellen voran. Als Wert-Schätzer fungieren Mitglieder des Kreisverbandes. Jeder geschätzte Garten bringt 75€ Honorar; die betroffenen Pächter sprechen von „sehr guten Schätzungen“. So etwas nennt man In-

teressenausgleich! Der vorzeitige Verkauf der Kleingartenanlage geht dann pünktlich zum Landtagswahlkampf über die Bühne.

Die Stadt kommt ihrer Pflicht zur Überwachung der Funktionärstätigkeit beim Kreisverband erst nach, als aktive Kleingärtner eine Überprüfung der Gemeinnützigkeit fordern. Sie wollen nicht länger mit Mitgliedsbeiträgen, aber ohne Stimmrecht, die „Kleingartenverräter“ finanzieren.

Januar 2012: Wir erinnern: langjährige Auftragsvergaben an den Schwiegersohn des Verbands-Vorsitzenden, falsche Fahrtkostenabrechnungen, Handy- und Premiere-Abos als Vereinsausgaben, Verlust von Kostennachweisen (über 200.000 €) – was anderswo längst die Gemeinnützigkeit gekostet hätte, in Kiel bleiben die Zustände beim Kreisverband der Kleingärtner lange folgenlos. Von einer „Jahre währenden Schlamm-schlacht zwischen Rathaus und Kreisverband“ schreibt die KN. Die Rechnung bleibt tatsächlich offen bis ... „Eigentlich“ ist die Stadt ge-

setzlich zur Prüfung verpflichtet. Seit Jahren aber liegen ihr keine prüffähigen Zahlen vor, was die Opposition wiederholt anmahnt.

Dann das mehr oder weniger Überraschende: Im Sommer 2011 überstimmt der Kreisverband den Protest der örtlichen Kleingärtner und sagt JA zum Vorhaben, Möbel Kraft auf einem seiner größten Kleingartengelände anzusiedeln.

März 2012: Das Planungsamt fordert von der Krieger Grundstücks GmbH (Möbel Kraft) ein konkretes Plankonzept.

Oktober 2012: Das beauftragte Wirtschaftsprüfungsbüro empfiehlt die Aberkennung der Gemeinnützigkeit.

Fotos und Filmdokument:
<http://www.youtube.com/watch?v=mtToy0wQyNU#t=42>
 und
<http://www.youtube.com/watch?v=8zviLqketxE>

14.12.2013: „Es ist ja nicht so, dass wir uns das Gelände ausgesucht haben. Die Stadt hat es uns angeboten, weil sie dort keine Kleingärten mehr wollte.“ (Dr. Gunnar George, SHZ)

Krieger (MK) hatte sich im Kaufvertrag zu Schutz und Pflege der Kleingärten verpflichtet. Die Nicht-Erfüllung wird zum Anlass genommen, um über Vandalismus zu reden. Der geschäftsführende Oberbürgermeister Todeskino begründet dann damit seine vorzeitige Erlaubnis zum Abriss von Lauben im Dezember 2013.

Seine Gründe für den Abriss: Verkehrssicherung, Vandalismus und Plünderung vor Ort sowie „Gefahr für Leib und Leben“.

Aus Wahn wird Wirklichkeit: Auf dem Gelände türmen sich im Zusammenhang mit dem Abriss Asbesthaufen, Ansammlungen von Steinwolle und anderen Stoffen, die per Gesetz besonders sorgfältiger Behandlung bedürfen. Abrissarbeiter, die befragt werden, ob vereinbarungsgemäß nur die gekennzeichneten Lauben abgerissen würden, antworten „nein alles“.

27.02.2014: Die Stadt nimmt 30.000 Euro aus der Stadtkasse, um für die Ansiedlung für Möbel Kraft zu werben. (laut KN 27.02.2014)

Steuern?

Die Gewerbesteuer: Ein Werben mit wenig Belegbarem und viel Hoffnung

Als angeblich „starkes“ Argument werden immer wieder die zu erwartenden Einnahmen an Gewerbesteuer ins Feld geführt. Wie hoch die sein sollen ist nicht bekannt. Versuche, Investorenversprechen anhand später abgerechneter Zahlen zu überprüfen, werden regelmäßig mit dem Verweis auf das Steuergeheimnis abgetan.

Ein Buch mit sieben Siegeln ist das mit der Gewerbesteuer allerdings nicht. Kurt Krieger selbst sagt zu den Gewinnen in seinen Möbelmärkten: **„Wir machen vielleicht zwei bis drei Prozent Profit.“** (Welt vom 4.10.2012)

Eine Berechnung (via Gewerbesteuerrechner im Netz) auf dieser Grund-

zum Billigtarif herzugeben. Zumal an anderer Stelle Mindereinnahmen und auch Mehrausgaben den Vorteil zunichte machen.

Im Einzelhandel und auch besonders in der Möbelbranche sind aktuell keine zusätzlichen Umsätze sondern nur Umsatz- und damit auch Gewinnverschiebungen von einem Unternehmen zum anderen zu erzielen. Es ist deshalb damit zu rechnen, dass die oben angenommenen möglichen Steuerzahlungen von Kraft und Sconto in Kiel sich schlicht wieder mit sinkenden Steuerzahlungen anderer Unternehmen in Kiel und Umgebung auf Null verrechnen. Ein sogenanntes Nullsummenspiel eben, bei Umsätzen, Arbeitsplätzen und auch Gewerbesteuer.